

**Niederschrift
über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses
am 15.10.2012**

Anwesende: vgl. ANLAGE 1

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr

Ende der Sitzung: 17.05 Uhr

Tagesordnung:

1. Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 03.09.2012
2. Berichte
3. Aktuelles aus der Verwaltung
4. Fachkräftebedarf Erzieherinnen und Erzieher; Krippenausbauprogramm; Zu- bzw. Abnahme der Hortbetreuung und Personalausstattung in der GBS
5. Schwerpunktthema Bildungsempfehlungen
 - Vorstellung der neuen Bildungsempfehlungen
 - Auswirkungen auf das Curriculum in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung
 - Entwicklung der Aus- und Fortbildung
6. Änderung der Geschäftsordnung § 6 (2)2 GO zum Umlaufverfahren
7. Verschiedenes

1. Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 03.09.2012

■ begrüßt als Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses die anwesenden Mitglieder und stellt die Beschlussfähigkeit des Landesjugendhilfeausschusses bei Anwesenheit von 12 stimmberechtigten Mitgliedern fest. Die Niederschrift vom 15.10.2012 wird ohne Änderungswünsche genehmigt.

2. Berichte

■ berichtet aus der Sitzung der Deputation vom 17.09.2012 mit dem Schwerpunktthema Neustrukturierung des Berufsförderungswerkes. Außerdem erwähnt ■, dass der geschäftsführende Ausschuss des Landesjugendhilfeausschusses am 21.09.2012 getagt hat. Die Themen für die nächsten drei Sitzungen wurden festgelegt sowie die Planung einer Fachtagung im Herbst 2013 angekündigt mit dem Thema Qualifizierung und Qualifizierungsbedarfe für Ehrenamtliche und Hauptamtliche in der Jugendhilfe. ■ erläutert, dass die Leitlinien Jungenarbeit und die Information zur Weiterbildungsreihe auf Bitten des geschäftsführenden Ausschusses an die Mitglieder des LJHA weitergegeben wurden. ■ ergänzt, dass im Anschluss die Leitlinien zur Mädchenarbeit erarbeitet werden. Es liegen keine weiteren Berichte vor.

3. Aktuelles aus der Verwaltung

■ erwähnt, dass keine Berichte aus der Verwaltung vorliegen. Auf Nachfrage gibt es keinen weiteren Informationsbedarf des LJHA.

4. Fachkräftebedarf Erzieherinnen und Erzieher; Krippenausbauprogramm;

Zu- bzw. Abnahme der Hortbetreuung und Personalausstattung in der GBS

■ führt zum den TOP aus, dass er zu dem Fachkräftebedarf im Zeitraum von 2007 – 2015 berichten wird. Auf Nachfrage von ■ bestätigt ■, dass mit Fachkräften Erzieher/innen und Sozialpädagogische Assistenten/innen gemeint sind. Er ergänzt, dass bei überqualifizierten Bewerbern/innen eine Einzelfallprüfung stattfindet und zukünftig geplant ist, Bachelorabsolventen/innen in die Prüfung geeigneter Bewerber/innen einzubeziehen. Im Bund-Länder Vergleich der Bertelsmann-Stiftung ist Hamburg mit den Anteilen der Leitungsfunktion vergleichsweise gut ausgestattet. Einleitend berichtet ■, dass seit dem Jahr 2006 die Beschäftigtenzahlen im Kitasystem von ca. 8.300 auf rund 11.000 Beschäftigte angewachsen ist. Für 2012 ist das Ziel der bedarfsgerechten Personalausstattung trotz Krippenausbau und Tendenz zur Erhöhung der Stundenzahl im Elementarbereich erreicht. ■ wirft ein, dass nach seinen Kenntnissen wesentlicher Kritikpunkt der Bertelsmann-Stiftung der Betreuungsschlüssel ist. ■ bestätigt, dass Hamburg sich zwar für den Krippenbereich im unteren Mittelfeld, für den Elementarbereich aber schon im Mittelfeld und nach Einführung von Kita Plus im oberen Mittelfeld befindet bzw. befinden wird. Er stellt als Maßnahme die kontinuierliche Erhöhung der Ausbildungskapazitäten vor. So sind im Bereich der Erzieher/innen folgende Ausbildungszahlen geplant:

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 | Fortfolgende Jahre |
|------------------|------|------|--------|--------------------|
| Erzieherer/innen | 591 | 705 | 1.025* | 775 |

* Sondereffekt aufgrund Einführung verkürzte Ausbildung

Für die SPAs gelten folgende Zahlen:

| Jahr | 2013 | 2014 | 2015 | Fortfolgende Jahre |
|------|------|------|------|--------------------|
| | | | | |

| | | | | |
|------|------|------|------|------|
| SPAs | 464* | 464* | 464* | 464* |
|------|------|------|------|------|

* ca. 325 Personen gehen direkt in die verkürzte Ausbildung von 2 Jahren, sodass real ca. 140 Personen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Die kurzfristige Strategie zur Erhöhung der Fachkräftezahlen sieht die Anerkennung des Bachelor-Abschlusses und die Anerkennung anderer Berufsqualifikationen mit pädagogischer Vorbildung vor sowie die Qualifizierung der SPAs on the job ab Februar 2013 und das Angebot einer Jobbörse für Quereinsteiger. [REDACTED] fragt nach dem Personalschlüssel bei einem Einstieg der SPAs on the job – [REDACTED] antwortet, dass die Anrechnung von 50 % einer Zweitkraft geplant ist und weist noch einmal darauf hin, dass flankierende Maßnahmen in der Qualitätssicherung vorgesehen sind. Zurzeit finden in einer Arbeitsgruppe mit dem DPW Überlegungen zum Personalkonzept 2015 statt. Hierzu gehört auch die Klärung der Frage, wie die Einbindung von Quereinsteigern wie Theaterpädagogen, Handwerkern usw. mit Anrechnung auf den Personalschlüssel erfolgen soll.

[REDACTED] weist auf die gesonderte Problematik von Teilzeit und Fluktuation hin und merkt an, dass aus ihrer Sicht die Schulungsanforderungen an das Personal bei steigenden qualitativen Anforderungen ebenfalls steigen werden. [REDACTED] erkundigt sich nach Verteilung von Frauen und Männern bei den Beschäftigtenzahlen. [REDACTED] erwidert, dass der Anteil in Hamburg an männlichen Beschäftigten aufgrund der Initiative „Mehr Männer in die Kitas“ über dem Bundesdurchschnitt liegt und rd. 10 % beträgt. Die Teilzeitquote liegt bei 65 %.

Zusatzbedarfe an Fachkräften ergeben sich für den Krippenbereich für 2013 mit 240 Personen, für 2014 mit 40 Personen.

Bei den Planungen geht die Fachabteilung davon aus, dass 50 % der 1 Jährigen, 75 % der 2 Jährigen und 95 % der 3-6 Jährigen im Kitasystem betreut werden. Im Elementarbereich werden mit zusätzlich 120 Personen in 2013 und 55 in 2014 gerechnet. Die Zusatzmittel aus dem Kita-Plus Programm werden nach einer (nicht repräsentativen) Umfrage bei Kitaträgern im Schwerpunkt für die Verlängerung von Zeitverträgen oder die Erweiterung der Arbeitszeiten bei bestehenden Verträgen genutzt. [REDACTED] erläutert, dass in den Planungen für 2013 / 2014 im Bereich Hort / GBS von 100 Stellen Zusatzbedarf ausgegangen wird. Hinzu kommen für 2013 520 Stellen und für 2014 550 Stellen an Ersatzbedarfen. Die Fachabteilung rechnet somit für 2013 mit etwa 1.000 benötigten Fachkräften und 750 für 2014. Für 2013 ist festzuhalten, dass es bei der Fachkräfteausstattung vermutlich zu einer Unterdeckung kommen wird, während bereits für 2014 mit einem Überschuss gerechnet wird. [REDACTED] erkundigt sich nach den Zahlen zur Fluktuation in andere Bundesländer durch attraktive Zusatzangebote. [REDACTED] kann diese Information nicht bestätigen. Weiter fragt [REDACTED] nach den durchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten, die [REDACTED] mit dem Hinweis auf den T-VA und die analoge Anwendung des Kirchentarifs bei den konfessionellen Trägern beantwortet. Über die Gehaltsstrukturen privater Träger liegen keine Zahlen vor, da diese zum Geschäftsgeheimnis gehören. [REDACTED] ergänzt, dass nach ihren Informationen die privaten Träger ein höheres Gehalt für die Leitungskräfte aber entsprechend weniger für das Fachpersonal bezahlen. [REDACTED] möchte wissen, wie die Betreuung im Rahmen von GBS seit Sommer 2012 mit den vereinbarten Standards sichergestellt wird. Er weist gleichzeitig darauf hin, dass der Kern der Ausbildung auf den Einsatz im Elementarbereich abzielt. [REDACTED] erwidert, dass mittlerweile alle GBS-Standorte gestartet sind und bis zum Sommer 2013 insgesamt 70 Standorte geplant sind. Alle GBS-Standorte haben sich mit Unterzeichnung des Kooperationsvertrags zur Einhaltung der Standards verpflichtet. Er weist auch darauf hin, dass es im Hortbereich das Problem der wenig attraktiven Arbeitszeiten gibt sowie zunächst noch Engpässe bei den räumlichen Kapazitäten und der personellen Ausstattung beim Lehrpersonal.

[REDACTED] fragt nach den aktuellen Quartalszahlen zu den betreuten Kindern pro Bezirk. [REDACTED] sichert eine Recherche über die Daten aus der Sozialen Stadtkarte zu.

5. Schwerpunktthema Bildungsempfehlungen

- Vorstellung der neuen Bildungsempfehlungen

verteilt die überarbeiteten Hamburger Bildungsempfehlungen in der gedruckten Fassung und stellt neben dem methodischen Vorgehen die wesentlichen inhaltlichen Änderungen vor:

In 2010 wurde eine qualitative Befragung zu den praktischen Erfahrungen aus der 5-jährigen Anwendungszeit der alten Bildungsempfehlungen mit ausgewählten Kitaleitungen durchgeführt. Das Ergebnis war durchweg positiv und bestätigte die Inhalte und das Format der Bildungsempfehlungen (BE). Die Bildungsempfehlungen haben wesentliche Impulse zur qualitativen Weiterentwicklung der pädagogischen Konzeptionen gegeben und zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufwertung der frühkindlichen Bildung beigetragen. Die neuen Bildungsempfehlungen wurden nach einem Auftaktworkshop in einem weiteren Workshop von einer Redaktionsgruppe permanent weiterentwickelt.

Inhaltlich haben die neuen Bildungsempfehlungen mit 35 zusätzlichen Seiten folgende Themen aufgegriffen bzw. weiterentwickelt:

1. Kinder in den ersten drei Lebensjahren (S. 15 ff.)

Die besonderen Herausforderungen an die pädagogische Arbeit mit Krippenkindern wurden in die bestehende Struktur der Bildungsempfehlungen aufgenommen und in den einzelnen Kapiteln ausdifferenziert.

2. Inklusive Bildung (S. 22 ff.)

Das veränderte Verständnis von Inklusion als einem umfassenden Bildungskonzept wurde als eigenständiges Kapitel in den Bildungsempfehlungen aufgenommen. Der inklusive Bildungsbegriff wird auch im Fachkonzept für das Kita-Plus Programm aufgenommen.

3. Frühförderung in der Kita (S. 99 ff.)

4. Übergänge gestalten (S. 40 ff)

In dem Kapitel wird das neue Vorstellungsverfahren mit der geplanten verbesserten Kooperation zwischen Kita und Schule und das von den Trägern und Verbänden entwickelte Brückenjahrkonzept beschrieben.

5. Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit den Eltern (S. 49 ff.)

Die Eltern-Kind-Zentren sollen ebenfalls in die Bildungspartnerschaft berücksichtigt werden.

6. Bildungsbereich: Körper, Bewegung, Gesundheit (S. 54 ff)

Der neue Gesundheitsbegriff basiert auf der Definition der WHO, hinzu kommt die Einbeziehung der Resilienzentwicklung und die Entwicklung eines sexualpädagogischen Konzeptes, sowie die Einführung und / oder Verstärkung einer betrieblichen Gesundheitsförderung.

7. Bildungsbereich: Sprache (S. 67 ff.)

Das Unterkapitel Sprachförderung wurde erweitert und insbesondere auf das Konzept der integrierten Sprachförderung hingewiesen. Darüber hinaus wird die besondere Bedeutung der Familiensprache für die Sprachentwicklung mehrsprachiger Kinder hervorgehoben.

8. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (S. 92 ff).

■■■■■ weist auf die Kooperation mit der Save Our Future Stiftung hin, die das erfolgreiche Programm „Kita 21“ zur nachhaltigen Entwicklung in Hamburger Kitas durchführt.

Die Bildungsempfehlungen geben Orientierung und setzen Impulse für eine qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit in Kitas, und sind zugleich Gesprächsgrundlage um mit Eltern über die Ziele und Inhalte frühkindlicher Bildung ins Gespräch zu kommen. Anknüpfend an die Veröffentlichung der Neuauflage der Bildungsempfehlungen wird der Dialog mit den Trägern und Verbänden sowie dem Landeselternausschuss zum Thema Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung fortgeführt. Gemeinsam wird ein Eckpunktepapier für ein Verfahren zur externen Evaluation erstellt. ■■■■■ bemängelt als fehlenden inhaltlichen Punkt die Gender-Kompetenz für Fachkräfte. ■■■■■ bestätigt, dass der Punkt nicht explizit aufgeführt wurde, sich aber auf S. 22/23 unter Gleichheit und geschlechtlich-kulturelle Unterschiede wiederfindet und weiterführende Literatur, wie auch bei anderen umfassenden Themen, in den Fußnoten aufgeführt ist. ■■■■■ fragt nach dem Grad der Verbindlichkeit und erkundigt sich nach der Abstufung zwischen muss / soll / kann-Kriterien. ■■■■■ weist auf den Landesrahmenvertrag und die Verhandlungen in der Vertragskommission am 17.10.2012 hin. Dort soll die Verbindlichkeit der überarbeiteten Bildungsempfehlungen beschlossen werden. Die weiteren Entwicklungsprozesse, z.B. im Rahmen von Kita-Plus, schließen sich daran an ■■■■■ erkundigt sich nach der Umsetzung der demokratischen Teilhabe von Kindern. ■■■■■ antwortet, dass Partizipation von Kindern als Grundverständnis sich insgesamt in den Bildungsempfehlungen wieder findet. Im Kapitel „Demokratische Teilhabe“ wird der Fokus jedoch mehr auf die Organisationsprozesse innerhalb der Träger und Kitaleitungsstrukturen beschrieben.

Der LJHA bittet um Recherche, ob es im Sinne des § 12 Ausführungsgesetz SGB VIII (AG SGB VIII) bei der ersten Fassung der Bildungsempfehlungen in 2005 einen formellen Beschluss des damaligen LJHA gegeben hat. Die Mitglieder des LJHA stellen fest, dass die Bildungsempfehlungen eine Angelegenheit grundsätzlicher Bedeutung ist und bitten um Wiedervorlage der Bildungsempfehlungen in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung.

- Auswirkungen auf das Curriculum in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung
- Entwicklung der Aus- und Fortbildung

Das Qualifizierungskuratorium unter Beteiligung von BASFI, BSB und Kita-Verbänden wird sicherstellen, dass es keine qualitative Veränderung bei der Ausbildungsdauer und den Zugangsvoraussetzungen geben wird. Die Aus- und Fortbildung gestaltet ihr Curriculum unter der Prämisse eines nachfrageorientierten Angebotes, das zum einen aktuelle Trends aufgreift und zum anderen sicherstellt, dass es keine Doppelangebote gibt. In Ergänzung zum Fortbildungsprogram des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums am Südring gibt es weitere Fortbildungsangebote der Verbände. ■■■■■ betont, dass aus ihrer Sicht das Thema Inklusion von zentraler Bedeutung ist. ■■■■■ bestätigt, dass Inklusion neben Resilienzförderung ein Fortbildungsschwerpunkt ist. ■■■■■ weist auf die Notwendigkeit der stärkeren Einbindung der BSB hin. ■■■■■ weist auf die Beteiligung der BSB im Rahmen der stattgefundenen Workshops zu den Bildungsempfehlungen hin. Darüber hinaus wurde das Vorstellungsverfahren beim Übergang Kita-Schule gemeinsam mit der BSB und dem LI erarbeitet.

6. Änderung der Geschäftsordnung § 6 (2)2 GO zum Umlaufverfahren

■■■■■ berichtet, dass die Passage in § 6 (2)2 GO zum Umlaufverfahren geändert wurde, weil die Rechtsabteilung nach Prüfung auf Bitte einiger Mitglieder des LJHA zu

dem Ergebnis gekommen ist, dass der LJHA nach Hamburgisches Ausführungsgesetz zum SGB VIII (AG SGB VIII) ein Kollegialorgan ist, für das keine Umlaufbeschlüsse zulässig sind (s. auch (BVerwGE 91, 217). Auf Wunsch des LJHA wird das vollständige Gutachten der Rechtsabteilung als ANLAGE 2 dem Protokoll beigelegt.

Der LJHA beschließt die Änderung des § 6(2)2 GO einstimmig mit den Stimmen der 12 anwesenden stimmberechtigten Mitglieder und beantragt die Vorlage zur Deputations-sitzung am 29.10.2012.

7. Verschiedenes

■■■■■ berichtet zu einem Einzelfall einer von Abschiebung bedrohten bzw. in Teilen bereits abgeschobenen Familie.

Der LJHA wird über die nächste Sitzung der AG Soziale Arbeit der Universität Bielefeld am 26.10.2012 mit dem Thema Ausrichtung und Steuerung der Jugendhilfe per Mail benachrichtigt.

■■■■■ erwähnt, dass ■■■■■ bereits in der letzten LAG-Sitzung zum polizeilichen Führungszeugnis informiert hat und bittet um Weiterleitung des Sachstandes an den LJHA. Der Punkt wird in der nächsten Sitzung unter Aktuelles aus der Verwaltung aufgenommen.

gez.

■■■■■
(Vorsitz)

gez.

■■■■■
(Protokoll)

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Familie
[REDACTED]

Landesjugendhilfeausschuss
Anwesenheitsliste
Mitglieder

Sitzung am 15.10.2012

| Lfd. Nr. | Name | Vorname | Unterschrift |
|-------------|------------|---------|--------------|
| 1 | [REDACTED] | | |
| 2 | | | |
| 3 | | | |
| 4 | | | |
| 5 | | | |
| 6 | | | |
| 7 | | | |
| 8 | | | |
| 9 | | | |
| 10 | | | |
| 11 | | | |
| 12 | | | |
| 13 | | | |
| 14 | | | |
| 15 | | | |
| 16 | | | |
| 17 | | | |
| 18 | | | |
| 19 | | | |

Landesjugendhilfeausschuss
Anwesenheitsliste
Mitglieder

Sitzung am 15.10.2012

| Lfd. Nr. | Name | Vorname | Unterschrift |
|----------|------|---------|--------------|
| 1 | | | |
| 2 | | | |
| 3 | | | |
| 4 | | | |
| 5 | | | |
| 6 | | | |
| 7 | | | |
| 8 | | | |
| 9 | | | |
| 10 | | | |
| 11 | | | |
| 12 | | | |
| 13 | | | |
| 14 | | | |
| 15 | | | |
| 16 | | | |
| 17 | | | |
| 18 | | | |
| 19 | | | |

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie, Integration
Amt für Zentrale Dienste
GZ: 2 [REDACTED]

14.09.2012
Telefon: 42863-2432
e-fax: 4 279 61 - 194

E-Mail: [REDACTED]

Bearbeitet von [REDACTED]

Z 51 z.K.

1. Sachverhalt

Zu klären ist die Frage, ob der LJHA Entscheidungen im Umlaufverfahren des LJHA treffen kann.

2. Stellungnahme

Die GO des LJHA lässt zwar Umlaufentscheidungen zu und zwar auch nach dem Mehrheitsprinzip. Denn in § 6 Abs. 2 Satz 3 GO heißt es, dass Stimmengleichheit als Ablehnung gelte. Das bezieht sich auf den gesamten vorangehenden Satz, indem es heißt, dass die Abstimmung durch Handaufheben oder im Umlaufverfahren erfolgt. Stimmengleichheit bei der Abstimmung im Umlaufverfahren bedeutet also Ablehnung. Diese Regelung wäre nicht verständlich, wenn im Umlaufverfahren ohnehin Einstimmigkeit erforderlich wäre.

Aber schon die Entscheidung im Umlaufverfahren an sich verstößt gegen das Hamburgisches Ausführungsgesetz zum SGB VIII (AG SGB VIII).

Der LJHA ist ein kollegiales, plural besetztes Gremium. Sinn der Kollegialität ist, dass die Mitglieder des Gremiums bei der Beratung im Plenum anwesend sind, um Informationen und Argumente auszutauschen und um wahrzunehmen, wie jedes andere Mitglied votiert. Nur dann fließt in der Entscheidung der gebündelte Sachverstand der Mitglieder zusammen und findet die gegenseitige Beeinflussung statt, die den Mehrwert der kollegialen Entscheidung in der Sitzung im Vergleich zu parallelen Einzelentscheidungen im Umlaufverfahren ausmacht (BVerwGE 91, 217). D.h. auch, dass nach abgeschlossener Beratung das Votum nicht im Umlaufverfahren abgegeben werden darf, sondern in der Sitzung entschieden werden muss.

Entscheidungen im Umlaufverfahren sind aber auch deshalb unzulässig, weil der LJHA nach § 17 Abs. 1 Satz 2 AG SGB VIII öffentlich tagt. Die interessierte Öffentlichkeit soll die Entscheidungsfindung im Ausschuss verfolgen können. Die Öffentlichkeit ist aber bei Entscheidungen im Umlaufverfahren ausgeschlossen. Sie darf nach § 17 Abs. 1 Satz 2 AG SGB VIII aber nur ausgeschlossen werden, wenn und soweit das Wohl der Allgemeinheit, berechnete Interessen einzelner Personen oder schutzbedürftiger Gruppen entgegenstehen.

Gegen Entscheidungen im Umlaufverfahren spricht auch das Quorum von einem Fünftel der Mitglieder des LJHA, das nach § 17 Abs. 1 Satz 3 AG SGB VIII die Einberufung des Ausschusses verlangen kann. Dieses Quorum ist niedrig. In § 15 Abs. 4 JWVG lag dieses Quorum für die Jugendhilfeausschüsse ursprünglich bei einem Drittel und war im Zuge einer der Reformen des Jugendhilferechts auf ein Fünftel gesenkt worden, um die Einberufung zu erleichtern. Auch das weist auf die Absicht des Hamburgischen Landesgesetzgebers, der dieses Quorum in § 17 Abs. 1 Satz 3 AG SGB VIII auch für den LJHA vorsieht, hin, dass

Entscheidungen im einberufenen Ausschuss, d.h. in der Sitzung und nicht in Abwesenheit im Umlaufverfahren getroffen werden.

Das Umlaufverfahren ist lediglich insoweit zulässig (und unvermeidlich), als es um das Ob und Wie der Durchführung anstehender Sitzungen, d.h. die Geschäftsführung des Ausschusses, geht.

3. Votum

Kenntnisnahme



